

Dobrindt prüft Veröffentlichung: AfD als gesichert rechtsextremistisch?

Bundesinnenminister Dobrindt prüft die Veröffentlichung eines Verfassungsschutzgutachtens zur AfD, die als rechtsextrem eingestuft wurde.



Köln, Deutschland - Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat angekündigt, die Veröffentlichung des Verfassungsschutz-Gutachtens zur Alternative für Deutschland (AfD) zu prüfen. Diese Aussage folgt auf die Neubewertung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, das die Partei als gesichert rechtsextremistisch eingestuft hatte. Dobrindt betonte, dass er dieses Gutachten nicht ignorieren werde und es eine neue Qualität darstellt, wenn eine im Bundestag vertretene Partei als rechtsextremistisch klassifiziert wird. Diese Informationen berichtet der **Tagesspiegel**.

Am Donnerstag wurde jedoch bekannt gegeben, dass die Einstufung vorerst ausgesetzt wurde. Das Verwaltungsgericht

Köln hatte eine „Stillhaltezusage“ des Verfassungsschutzes mitgeteilt, die die Hochstufung bis zur Entscheidung des Gerichts aufschiebt. Hintergrund dieser Entscheidung ist ein Eilantrag der AfD gegen die Einstufung, die die Partei als Versuch sieht, zulässige Meinungsäußerungen zu kriminalisieren. Diese Situation thematisiert die **Süddeutsche Zeitung**.

Kontext der Einstufung

Der Verfassungsschutz hat über vier Jahre hinweg umfangreiche Belege für Verstöße der AfD gegen das Grundgesetz gesammelt und ein 1.108 Seiten langes Dossier erstellt, das Zitate von mehr als 300 AfD-Politikern enthält. Dobrindt wies darauf hin, dass die Einschätzung des Verfassungsschutzes nicht nur auf öffentlichen Quellen basiert, sondern auch nachrichtendienstliche Mittel verwendet wurden. Trotz der aktuellen Stillhaltezusage äußern Verfassungsschutzbeamte inoffizielle Zweifel, ob das neue Gutachten vor Gericht Bestand haben wird.

Zusätzlich zur politischen Diskussion um die AfD verschärfen sich die Zahlen zu rechtsextremistischen Aktivitäten in Deutschland. Laut dem aktuellen Bericht des Verfassungsschutzes lag die Gesamtzahl des rechtsextremistischen Personenpotenzials 2023 bei 40.600, was einen Anstieg um 1.800 Personen im Vergleich zu 2022 darstellt. Im selben Jahr wurden 25.660 rechtsextremistische Straftaten registriert, was einer Steigerung von 22,4 % gegenüber 2022 entspricht. Diese Daten finden sich auf der Webseite des **Verfassungsschutzes**.

Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten

Besonders alarmierend ist der Anstieg von Gewalttaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund, die 2023 auf 1.148 Delikte stiegen, eine Zunahme um 13 % im Vergleich zu 2022. Auch fremdenfeindliche Körperverletzungsdelikte nahmen auf 874 zu, ein Anstieg von 16,4 %. Die Zahl der

rechtsextremistischen Demonstrationen erreichte mit 367 einen Höchststand, was die steigende Mobilisierung in dieser Szene verdeutlicht. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer zunehmend polarisierten politischen Debatte in Deutschland.

Die aktuelle Diskussion über die Rücknahme der Einstufung der AfD wird somit im Kontext eines besorgniserregenden Trends von rechtsextremistischen Aktivitäten in Deutschland geführt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen entwickeln werden und welche Konsequenzen dies für die AfD und die Gesamtgesellschaft haben könnte.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Köln, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tagesspiegel.de• www.sueddeutsche.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de